

Anmerkungen zu Michael Brix: Neuorientierung der Denkmalpflege  
in Kritische Berichte, 1974, Heft 5-6, S. 15 -30.

Die 'wertneutralen' Beschreibungen denkmalwerter Bauten für die bayerische Denkmälerliste sind keineswegs wertneutral. Die Auswahl von beschreibenden Worten ist zumindest ein Indiz dafür, welche Werte gesetzt werden und welche Werte übersehen werden.

Es ist bekannt, daß das gängige Beschreibungsvokabular lediglich Werte wie Alter, Genealogie und sensualistische Reize beschreibt, den weiten Bereich von Werten ignoriert, der mit sozialwissenschaftlichen Erfahrungsmethoden begriffen werden könnte. Damit wird nicht etwa 'nichts präjudiziert', sondern im Gegenteil mit großer Wahrscheinlichkeit nahegelegt, daß in die planerische Entscheidung die sozialen Werte von Bauten überhaupt nicht eingehen können, weil die Fachwissenschaftler sie nicht bewußt gemacht haben. Die 'wertneutrale' Denkmalpflege liefert also faktisch buchstäblich durch ihre 'Ignoranz' den Interessen eine 'billige' Rechtfertigung, die unentwegt soziale Werte beiseite drängen. Die Erhaltungsziele werden daher nicht auf der Grundlage des Materials entwickelt, sondern diktiert vom bürgerlichen Ökonomismus dem moralisierend 'Restnutzungen abgerungen' werden. Wenn sie mit den Bauten in Zusammenhang stehen, bleiben sie entweder vordergründig, oder sie werden aus ziemlich abstrakten Oberzielen abgeleitet, die aufgrund ihrer Tendenz zu mangelnder Konkretetheit und zur Spruchblase relativ angreifbar bzw. leicht umgehbar sind. Dem bayerischen Verfahren der Ableitung von Zielen läßt sich bereits entnehmen, daß der Wert von Bauten nicht nach den sozialen Bedürfnissen der Leute gemessen wird, die in ihnen und um sie herum leben, sondern von höherer Warte aus. Die höhere Warte ist nach aller Erfahrung jedoch meist nichts anderes als die Rechtfertigung der höheren Interessen, die die Interessen der Höheren sind. Die Denkmalpflege (Besser: der Stadtbereichsschutz) darf sich auch in ihrem Selbstverständnis nicht so gering einschätzen, daß sie die Bewertung der Stadtsubstanz mit Vorrang anderen Planungsdisziplinen überläßt: jene sind nach aller Erfahrung keineswegs in der Lage noch willens, Umwelt als sozialen Tatbestand zu bewerten. Zu problematisieren wäre ferner, ob wirtschaftliche Schwäche mit Rückständigkeit und geringer kultureller Prägung gleichgesetzt werden darf. Solange die herrschenden Normen noch weithin Ober-

schichtennormen sind und die Normen der breiten Bevölkerung von den Oberschichten abqualifiziert werden und im übrigen noch wenig untersucht sind, ist die Gleichsetzung zwar historisch verständlich, sollte jedoch von kritischen Kunstwissenschaftlern nicht mehr hingenommen werden.

Michael Brix spricht von 'bescheidenen Gebäuden ohne hervorstechende Merkmale' (S.16). Problematisiert werden sollte, ob mit hervorstechenden Merkmalen nicht weithin die anschaulichen Signale der Oberschichten gemeint sind, die in einer Volksarchitektur natürlich nicht vorhanden sind. Darf daraus der Schluß gezogen werden, daß dann 'Kargheit' herrscht, d. h. keine Merkmale mehr vorhanden sind? An der Architektur der Arbeitersiedlung Eisenheim in Oberhausen wird sichtbar, daß Architektur nicht bloß signalbeladenes Bauwerk ist, sondern in <sup>der</sup> Volksarchitektur in erster Linie Gehäuse für soziale Interaktion, die sich anschaulich im weitgehend selbstgebastelten Freiraum ausdrückt<sup>1)</sup>.

Die Merkmale bzw. Werte liegen vor allem in einer anderen Ebene als in der Architektur der Oberschichten (in der es sie allerdings auch, aber meist in anderer Weise gibt).

Michael Brix sieht genau, daß die Erhaltung historischer Bauten in Konflikt mit den Interessen der Bauwirtschaft gerät: der teure und hochkreditierte Maschinenpark soll ausgenutzt werden - dies ist jedoch bei Altbauerhaltung nicht ohne weiteres möglich. Nun ist jedoch die Bautechnologie keineswegs wirklich industriell, sondern in einem Zwischenstadium zwischen vorindustrieller Handwerksproduktion und serieller Fertigung.

Zu problematisieren ist ferner, was industrielle Produktionsweise heißen kann.

Die Industrialisierung hat durchaus Alternativen - das deutet sich bereits in der Autoproduktion an, wo unterschiedlicher Kaufkraft und unterschiedlichen Interessen jeweils unterschiedliche Kombinationen von seriell gefertigten Elementen angeboten werden können. Die Bauwirtschaft wäre unter der Voraussetzung veränderter Zielsetzungen durchaus in der Lage industrialisiert unterschiedliche und differenzierte Bedürfnisse zu bedienen. Dies gilt vor allem für Neubauten, aber auch für Altbauerhaltung. Die Tatsache, daß dies nicht geschieht, darf nicht zum Schluß verleiten, es sei unmöglich.

1) Näheres dazu: Roland Günter-Michael Weisser, Eisenheim in Oberhausen, archithese8/1973, S.45 ff.

Vielmehr hatte die Bauindustrie in der Hochkonjunktur das Interesse, auf die einfachste Weise möglichst teure Produkte abzusetzen. Die Verkomplizierung der Bautechnologie diente auf dem weitgehend abgesprochenen Markt in der Regel nicht der Deckung verfeinerter Bedürfnisse, sondern dem Absatz eines teuren Produkts anstelle eines billigen. Was in der Hochkonjunktur möglich war, wird in der Konjunkturkrise immer schwieriger bzw. zunehmend unmöglich. Die zügellose Expansion der Bauindustrie scheidet nun an den Rahmenbedingungen, die sie selbst herbeiführte: Bauen ist zu teuer geworden, die Kaufkraft wird zudem durch anderweitige Abschöpfung verkleinert. In der Krise verschärfen sich auch die Widersprüche zwischen den Einzelkapitalien.

Wenn die Bauindustrie ein bestimmtes Auftragsvolumen halten will, muß sie auch in der Altbaumodernisierung den ökonomischen Möglichkeiten der Besitzer und Mieter entgegenkommen. Dies zwingt in Zukunft zu weitgehender Altbauerhaltung. Hinzukommt: Die Technologie der Altbauerhaltung ist nur teilweise handwerklich-industriell. Rationalisierbar sind eine Anzahl von Bauteilen und Einbauvorgängen. Voraussetzung ist jedoch u.a. der Abschied von einer zu wenig differenzierten Vorstellung von Industrialisierung.

Michael Brix nimmt als gegeben hin, daß sich die historischen Städte in der Weise verändern, die wir landauf landab sehen. Die Ursachen wären zu untersuchen:

Der Dienstleistungssektor bemächtigt sich der Innenstädte. Grund: Prestigeträchtigkeit des Standortes. Das ist insofern irrational, weil die Verbindungen mit den Kunden immer weniger vom zentralen Verkehrsstandort in der Innenstadt abhängen, sondern immer mehr über den Schreibtisch laufen und zudem andere Standorte günstigere Verkehrsmöglichkeiten bieten. Folge: Steigende Bodenpreise. Folge: Zentral liegender Grundbesitz wird zum Spekulationsobjekt und wechselt in die Hände der Kapitalkräftigsten. Folge: Auf Grund der hohen Bodenpreise gewährleistet die Wohnnutzung keine entsprechende Rendite, auch kleine Geschäfte nicht. Folge: Vertreibung der Wohnbevölkerung und kleiner Geschäftsleute; Umwandlung in renditeträchtige Büros und Großkaufhäuser. Folge: Vervielfachung des Verkehrsaufkommens - die Innenstadt wird unbewohnbar. Von diesem Vorgang profitiert die Bauwirtschaft. Sie erlebte in den sechziger Jahren einen Boom durch die 'gelenkte Völkerwanderung' aus den Altstädten in die

Suburbia am Stadtrand. Die Landes-, Regional- und Stadtplanung versah diesen Vorgang der Kapitalverwertung mit Rechtfertigungs-ideologien, die die Denkmalpflege weitgehend hinnahm: weil sie sich auf die Fachdisziplin beschränkte und sich damit selbst für unfähig hielt, Ursachen und Folgen zu erkennen. Michael Brix stellt die Ideologie dar: 'Umstrukturierung', dienstleistungsbetriebliches 'Zentrum', 'Die Altstadt bzw. ihr Kern ... als multifunktionales Zentrum' (S. 17). Dazu gehört die Ideologie der 'zentralen Orte', die in der gängigen undifferenzierten Weise die Städte zerstören hilft.

'Fortschrittliche' Denkmalpfleger kommen sich reaktionär vor, wenn sie dieser Umstrukturierung dadurch Widerstand leisten versuchen, daß sie umfangreiche Teile einer Stadt unter Denkmalschutz stellen.

Bei Kenntnis der Stadtentwicklung und ihrer Alternativen sieht die Sachlage jedoch anders aus. Die historischen Altstädte können durchaus mit dem bestehenden bau- und planungsrechtlichen Instrumentarium geschützt werden - bei entsprechendem politischen Willen. Denn: es besteht kein Rechtsanspruch von Bodeneigentümern auf Unwidmung oder höhere Ausnutzung des Bodens. Großbauvorhaben können durch konsequente Anwendung aller Bauvorschriften weitgehend unrentabel gemacht werden bzw. sogar verhindert werden.

Die höhere Nutzung des Bodens kann weitgehend verhindert werden, wenn Infrastrukturmaßnahmen unterbleiben, die den Boden indirekt aufwerten. Voraussetzung ist jedoch immer: ein entsprechender politischer Wille.

Wer gängiger Vorstellung von Denkmalpflege widersprechen will, wie Michael Brix unterstellt werden darf, sollte sich nicht durch Unkenntnis möglicher Alternativen de facto in indirekte Anerkennung manövrieren lassen.

Die Altstadterhaltung ist keineswegs ein utopisches Ziel. Das Beispiel Bologna beweist, daß sie bei entsprechendem politischen Willen auch im Kapitalismus möglich ist (Die Bedingungen sind in Italien objektiv noch schlechter als bei uns.). Hinzu kommt, daß sich die Irrationalität der Stadtentwicklung im Kapitalismus auch für die daran beteiligten Kapitalien immer stärker erweist. Kaufhäuser wollen von der Multifunktionalität der Stadt profitieren - können das aber nur so lange, wie diese Multifunktionalität nicht durch sie selbst zerstört wird. Büros können nur so lange

in Innenstädten attraktiv sein, wie die Arbeitsbedingungen für die Angestellten erträglich sind. Die Abwanderung aus Ballungsgebieten (z.B. in Gelsenkirchen monatlich ca 500 Menschen) signalisiert, daß die Arbeitskräfte sich günstigere Arbeitsbedingungen suchen und der Lohn umgerechnet wird - in Relation zu konkreten Lebensqualitäten.

Die Betriebskosten und die öffentlichen Infrastrukturkosten steigen bei hoher Ballung überproportional. Sowohl die Betriebe selbst wie auch die öffentliche Hand beginnen zu rechnen. "Das Ende der Hochkonjunktur fördert diesen Prozess der Reflexion von Widersprüchen. Dies hat Auswirkungen auf Standortentscheidungen: differenziertere Standortentscheidungen - in einigen Orten bereits von der Bevölkerung erzwungen - bewirken tendenziell eine Dezentralisierung und damit eine Abschwächung des Drucks auf die Zentren. Zusammen mit fortschrittlichen Teilen von Parteien und Bürgerinitiativen könnte die Denkmalpflege mithelfen, die Dezentralisierung zu fördern. An dieser Stelle kann nur angedeutet werden, daß die Ideologie der 'Zentralität' in der landläufigen Weise die Rechtfertigung einer Sackgasse des ökonomischen Systems war.

Notwendig ist eine differenzierte und komplexe Untersuchung der jeweiligen Funktionen einer Stadt und ihrer Funktionsträger sowie der davon Betroffenen. Versorgung ist eben nicht einfach Versorgung, die ein Stadtplaner als Plakette in ein Stadtzentrum malen darf. Es gibt mehrere Arten von Versorgung und unterschiedliche Ziele, die damit verbunden werden. Dementsprechend sind die Standortentscheidungen zu differenzieren. 'Tausendfach alles unter einem Dach' hat zur Folge, daß keine Mutter mehr eine Milchflasche zwei Straßen weiter kaufen kann, daß sie für DM 5.- mit dem Auto ins Zentrum fahren muß, daß sie gigantische Straßenanlagen und die Zerstörung einer Stadt mitfinanzieren muß. Hat sie wirklich etwas davon, wenn die Milchflasche in der City 2 Pfennige billiger ist? Schließlich: wenn die Vorentscheidungen in andere Richtung laufen, hebt sich das Problem auf, wie man rentabel und zugleich denkmalpflegerisch aus Wohnhäusern Geschäftsnutzung machen kann. Eine Anzahl von Denkmalpflegeproblemen stellen sich dann als Scheinprobleme dar.

Die Kürze dieses Beitrages ist eine Aufforderung, die Diskussion fortzusetzen - in solidarischer Kritik.